

## Inhalt

<b>Zitieren in Mathematischen Arbeiten</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Studium und wissenschaftliche Redlichkeit</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Ordnung der Albert-Ludwigs-Universität zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft vom 01.06.2022</b>	<b>Seite 17</b>
<b>Regulations of the University of Freiburg on Safeguarding Academic Integrity</b>	<b>Seite 26</b>

---

---

---

# Zitieren in Mathematischen Arbeiten

Victor Bangert,  
Sebastian Goette,  
Peter Pfaffelhuber

Freiburg, 7.7.2016

# Klassische Resultate

Bei *klassischen* Resultaten reicht es, den Namen des Begriffs oder Satzes zu nennen.

- ▶ Faustregel: Alles, was man in regelmäßig wiederkehrenden Vorlesungen lernt, ist *klassisch*.
- ▶ *Beispiele*: Cauchysche Integralformel, zentraler Grenzwertsatz, Banachraum
- ▶ Das Zitieren von mathematischen Resultaten mittels Anführungszeichen ist unüblich.

## Neuere Resultate

*Neuere* Sätze, Begriffe, Methoden sind aus Lehrbüchern, Monographien oder Originalarbeiten mit genauer Ortsangabe anzugeben.

- ▶ *Beispiel:* Die Existenz der Superbrown'schen Bewegung erfolgt mittels einer Teilchenapproximation und wurde in [Eth01], Kapitel 1, gezeigt.
- ▶ Gerade beim Zitieren längerer Arbeiten sollte die zitierte Stelle schnell aufgefunden werden können, also z.B. Seite angeben oder andere Numerierung, etwa [16, Definition 10.4]).
- ▶ Wann immer möglich, sollte man Quellen zitieren, die den wissenschaftlichen Begutachtungsprozess durchlaufen haben. Dies gilt etwa für Bücher und Artikel in Mathematischen Fachzeitschriften, nicht jedoch für Vorlesungsskripte, Internet-Quellen und mündliche Quellen.

# Eigene Resultate

Im Rahmen von Abschlussarbeiten entstehen auch (oft) neue Resultate (oder neue Beweise für alte Resultate). Auch dies sollte man in der Arbeit herausstellen.

- ▶ *Beispiel:* Bisher war noch nicht bekannt, ob es endlich oder unendlich viele Primzahlzwillinge gibt. Der nachfolgende Beweis ist im Rahmen der vorliegenden Bachelor-Arbeit entstanden.

# Fremde Resultate

Wenn man einer anderen Person einen bedeutsamen Beitrag zuschreibt (z.B. einen ganzen Beweis), so muss man sicherstellen, dass sie mit dieser Zuschreibung einverstanden ist (um zu vermeiden, dass die eigene unzulängliche Darstellung der anderen Person angelastet wird).

- ▶ *Beispiel:* Der folgende Beweis der Unendlichkeit der Primzahlzwillinge entstand durch eine Idee von Markus Junker.
- ▶ Allgemein: Lieber zu viel als zu wenig zitieren. In Zweifelsfällen Betreuer/in fragen.

## In längeren Passagen

Wenn ein längerer Abschnitt an einem anderen Text orientiert ist, sollte dies zum einen am Anfang des Abschnitts gesagt werden.

- ▶ *Beispiel:* Kapitel 2-4 folgen der Darstellung in [7].
- ▶ Auch in diesem Fall sollten alle Sätze, Definitionen etc., die sich an [7] anlehnen, einzeln markiert werden.
- ▶ *Beispiel:* Satz ([7, Theorem 5]) (wenn der Satz im Wesentlichen unverändert aus [7] entnommen ist)
- ▶ *Beispiel:* Der nächste Satz ist ein Spezialfall von [7, Theorem 5].

# An einzelnen Textstellen

Zitate sollten so präzise wie möglich sein.

- ▶ *Schlechtes Beispiel:* Wir argumentieren wie in [7].  
*Besseres Beispiel:* Wir argumentieren wie in [7, Abschnitt 3.b].
- ▶ Bei jüngeren Ergebnissen sollte (auch) der Artikel zitiert werden, in dem das Ergebnis erstmalig veröffentlicht wurde (d.h. nicht nur Sekundärliteratur)
- ▶ *Beispiel:* Aufgrund von Theorem 3 in [DG08], das in [GP15] ausführlicher dargestellt ist, gilt....
- ▶ Das Zitieren in mathematischen Lehrbüchern orientiert sich häufig nicht an dieser Regel. Die Quellen erscheinen dort meistens in einem ausführlichen Literaturverzeichnis am Ende des Lehrbuches.

# BIBTeX

Die Erstellung einer (kleinen) Literaturdatenbank (mittels BIBTeX) wird empfohlen. So funktioniert's:

- ▶ Eine BIBTEX-Datei anlegen, etwa `literatur.bib`, und mit Inhalt füllen, etwa

```
@book{Ziegler2010,  
  author    = "M. Ziegler",  
  title     = "Mathematische Logik",  
  publisher = "Birkhäuser",  
  year      = "2010"
```

- ▶ Im Text darauf mittels `\cite{Ziegler2010}` verweisen.
- ▶ Verschiedene `\bibliographystyle`'s führen dann zu einem Zitat der Form [1], [Zie10] oder Ziegler (2010).

# Studium und wissenschaftliche Redlichkeit

Welche Folgerungen ergeben sich aus der Verpflichtung zur wissenschaftlichen Redlichkeit für das Studium?

# Rechtliche Grundlagen im Landeshochschulgesetz (LHG)

---

- § 3 Abs. 5 Sätze 1 – 3 LHG

Alle an der Hochschule wissenschaftlich Tätigen sowie die Studierenden sind zu wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet. Hierzu sind die allgemein anerkannten Grundsätze wissenschaftlicher Praxis einzuhalten. Ein Verstoß hiergegen liegt insbesondere vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder die Forschungstätigkeit Dritter erheblich beeinträchtigt wird. Im Rahmen der Selbstkontrolle in der Wissenschaft stellen die Hochschulen Regeln zur Einhaltung der allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichen Fehlverhalten auf.

- § 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3

Studierende können von Amts wegen exmatrikuliert werden, wenn sie vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen die Grundsätze des § 3 Abs. 5 Sätze 1 bis 3 verstoßen.

# Universitäre Satzungsbestimmungen

---

- **Grundlegend:**

Ordnung der Albert-Ludwigs-Universität zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft (Amtl. Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Jahrgang 53, Nr. 31, Seite 148–156, vom 1. Juni 2022, abrufbar unter

<https://uni-freiburg.de/forschung/redlichkeit-in-der-wissenschaft/>)

- **Umsetzung der Grundsätze zur Redlichkeit in der Wissenschaft u. a. in Regelungen in Studien- und Prüfungsordnungen sowie Promotionsordnungen z.B.**

- Täuschung bei Studien- und Prüfungsleistungen
- Abgabe einer eidesstattliche Versicherung bzgl. eingereichter Dissertation
- Aberkennung des akademischen Grades

# Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gemäß § 2 der Ordnung

---

- Allgemeine Prinzipien, insbesondere
  - Arbeiten lege artis
  - Dokumentation von Forschungsergebnissen
  - Ehrliches Verhalten im Hinblick auf Beiträge von Partnern, Konkurrenten und Vorgängern
  - Vermeidung und Vorbeugung wissenschaftlichen Fehlverhaltens
- Fachspezifische Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens

# Studien- und Prüfungsleistungen im Studium

---

- **Gebot der persönlich zu erbringenden Leistung:**  
Denn Zweck der Prüfung ist die Ermittlung der wahren Leistungsfähigkeit des Prüflings.
- **Ahndung von Täuschungsversuchen:**  
Denn der Grundsatz der Chancengleichheit verbietet es, dass sich ein Prüfling gegenüber anderen Prüflingen nicht leistungsbedingte Vorteile verschafft.
- **Beispiel aus der Prüfungsordnung Bachelor of Science**  
„Versucht der/die Studierende, das Ergebnis einer Prüfung oder einer Studienleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel oder durch Einflussnahme auf einen Prüfer/eine Prüferin zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung oder Studienleistung mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) beziehungsweise als „nicht bestanden“ bewertet. Als Versuch gilt bei schriftlichen Prüfungen und Studienleistungen bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während und nach der Ausgabe der Prüfungsaufgaben.“

# Schriftliche Arbeiten: Wesentliche Anforderungen hinsichtlich wissenschaftlicher Redlichkeit

---

- Verbot von Copy-Paste (siehe auch die Strafvorschrift des § 106 Urheberrechtsgesetz)
- Sachgemäße Zitierweise, insbesondere sind von anderen Autoren wörtlich übernommene Stellen oder sich an die Gedankengänge anderer Autoren eng anlehrende Ausführungen besonders zu kennzeichnen (durch Setzen von Anführungszeichen oder Einrücken der entsprechenden Passagen und zudem ausdrücklicher Nennung der Quelle)
- Einhaltung disziplinspezifischer Regeln bei der Datenerhebung, Datenauswahl und -bearbeitung sowie deren Sicherung und Aufbewahrung
- In Zweifelsfällen Einholung von Rat durch den Studierenden/die Studierende beim Prüfer, Betreuer usw.
- VG Münster, Ahndung eines Täuschungsversuchs in Diplomarbeit, (Urteil vom 20.02.2009, bestätigt vom OVG Münster, Beschluss vom 12.08.2010):  
„Nicht allein schon dadurch, dass der Kandidat gleichsam jeden Satz seiner Arbeit mit einer (wo auch immer herrührenden) Fußnote versieht, wird sein Text zu einer wissenschaftlichen Arbeit. Entscheidend ist vielmehr die eigenständige Recherche nach zu dem Thema bereits existierenden Quellen, deren eigenständige geistige Durchdringung und schließlich die eigenständige sprachliche Darstellung der selbständigen Schlussfolgerungen.“

# Anlage zu § 7

---

Katalog von Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind (entnommen aus Anlage 1 der Verfahrensordnung bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten der Max-Planck-Gesellschaft vom 24. November 2000)

**Als Verhaltensweisen kommen insbesondere in Betracht:**

## **I. Falschangaben**

1. Das Erfinden von Daten;
2. das Verfälschen von Daten, z.B.
  - a) durch Auswählen und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse, ohne dies offenzulegen
  - b) durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung;
3. unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder einem Förderantrag (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen).

## **II. Verletzung geistigen Eigentums**

1. In Bezug auf ein von einem anderen geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von anderen stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze
  - a) die unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat);
  - b) die Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere als Gutachter (Ideendiebstahl);
  - c) die Anmaßung oder unbegründete Annahme wissenschaftlicher Autor- oder Mitautorschaft;
  - d) die Verfälschung des Inhalts oder
  - e) die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist;
2. die Inanspruchnahme der Autor- oder Mitautorschaft eines anderen ohne dessen Einverständnis.

## **III. Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer**

Die Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich der Beschädigung, Zerstörung oder Manipulation von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer zur Durchführung eines Experiments benötigt).

## Ordnung der Albert-Ludwigs-Universität zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft

Aufgrund von § 3 Absatz 5 Satz 4 in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Satz 2 Nr. 10 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 01. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022, S. 1, 2), hat der Senat der Albert-Ludwigs-Universität in seiner Sitzung am 25.05.2022 die nachstehende Satzung beschlossen.

Mit dieser Satzung werden die „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vom September 2019 rechtsverbindlich umgesetzt.

Für Themen dieser DFG-Leitlinien, für die es an der Universität Freiburg über diese Satzung hinaus eigene Leitlinien, Regelwerke und Maßnahmenkataloge gibt, wird auf diese in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen. Dies sind insbesondere:

1. Grundordnung der Universität Freiburg in Bezug auf Leitziele und Selbstverantwortung
2. European Charter for Researchers, Code of Conduct for the Recruitment of Researchers
3. Führungsleitlinien der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
4. Satzung der Kommission für Verantwortung in der Forschung und Leitlinien der Albert-Ludwigs-Universität zum verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken
5. Satzung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Durchführung des zentralen Ombudsverfahrens für Promovierende und Betreuende der Universität Freiburg
6. Weiterbildung zu wissenschaftlicher Redlichkeit
7. Rahmenpromotionsordnung und die Promotionsordnungen, Prüfungsordnungen und Habilitationsordnungen der Fakultäten
8. Promotionsvereinbarungen zwischen Promovierenden und Betreuenden
9. Kompass zur Guten Betreuung von Promovierenden an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
10. Berufungsleitfaden
11. Satzung und Qualitätssicherungskonzept für Juniorprofessuren und Tenure-Track-Professuren
12. Angebote überfachlicher Qualifizierung und der Beratung für promovierende und promovierte Wissenschaftler/innen
13. Personalentwicklungskonzept für den wissenschaftlichen Bereich
14. Grundsätze und Verfahren für die Personalauswahl und die Personalentwicklung („Personalentwicklungskonzept der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für die Beschäftigten in den Bereichen Verwaltung, Service und Technik (VST)“
15. Leitlinien der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Laufzeit von Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen Bereich vom 27.01.2016
16. Diversity- und Gleichstellungskonzepte der Universität Freiburg
17. Handlungsleitfaden gegen sexuelle Belästigung, Gewalt und Stalking
18. Compliance Regeln der Universität

### Erster Abschnitt: Selbstkontrolle in der Wissenschaft

#### § 1 Verpflichtung zur Redlichkeit in der Wissenschaft

- (1) Alle an der Albert-Ludwigs-Universität wissenschaftlich Tätigen sowie die Studierenden sind zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gemäß § 2 verpflichtet. Die Fakultäten und wis-

senschaftlichen Zentren haben die Studierenden und Wissenschaftler/innen in einer frühen Karrierephase mit den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis vertraut zu machen und vor wissenschaftlichem Fehlverhalten zu warnen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Karriereebenen aktualisieren regelmäßig ihren Wissensstand zu den Standards guter wissenschaftlicher Praxis und zum Stand der Forschung.

- (2) Die Albert-Ludwigs-Universität verpflichtet sich, die für die Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft und zur Verhinderung wissenschaftlichen Fehlverhaltens erforderlichen organisatorischen und personellen Strukturen zu schaffen, diese regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und ggfls. zielgerichtet anzupassen.
- (3) Die Fakultäten und wissenschaftlichen Zentren erarbeiten für ihren jeweiligen Bereich fachspezifische Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens und machen sie in geeigneter Weise bekannt. Auch ein direkter Verweis auf diese Ordnung ist möglich. Mehrere Fakultäten oder wissenschaftliche Zentren können sich auf die Anwendung gemeinsamer Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens verständigen.
- (4) Die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis sollen in die akademische Lehre und in die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses integriert werden. Erfahrene Wissenschaftler/innen und Wissenschaftler/innen in einer frühen Karrierephase unterstützen sich dabei gegenseitig im kontinuierlichen Lern- und Weiterbildungsprozess und unterhalten einen regelmäßigen Austausch.
- (5) Arbeits- und dienstrechtliche Rechte und Pflichten werden durch diese Satzung nicht berührt.

## **§ 2 Regeln guter wissenschaftlicher Praxis**

- (1) Zu den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gehören insbesondere folgende allgemeinen Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens:
  1. nach den anerkannten Regeln (lege artis) zu arbeiten,
  2. wissenschaftlich fundierte und nachvollziehbare Methoden anzuwenden und bei der Entwicklung und Anwendung neuer Methoden Aspekte der Qualitätssicherung und Standardbildung zu berücksichtigen,
  3. Forschungsergebnisse zu dokumentieren (verwendete oder entstehende Forschungsdaten, Methoden-, Auswertungs- und Analyseschritte), gegebenenfalls die Entstehung der Hypothese zu hinterlegen, die Nachvollziehbarkeit von Zitationen zu gewährleisten,
  4. sich im Hinblick auf die Beiträge von Partner/innen, Konkurrent/innen und Vorgänger/innen ehrlich zu verhalten,
  5. alle Ergebnisse und deren Interpretationen kritisch zu prüfen,
  6. Methoden zur Vermeidung von (unbewussten) Verzerrungen bei der Erhebung und Interpretation von Befunden (z.B. durch Verblindung), soweit möglich, anzuwenden,
  7. einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern.
- (2) Zu den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gehören darüber hinaus die von den einzelnen Fakultäten und wissenschaftlichen Zentren entwickelten fachspezifischen Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens.

## **§ 3 Rechtliche und ethische Rahmenbedingungen; Nutzungsrechte**

Wissenschaftler/innen

1. beachten Rechte und Pflichten, insbesondere solche, die aus gesetzlichen Vorgaben, aber auch aus Verträgen mit Dritten resultieren, und holen, soweit erforderlich, Genehmigungen und Ethikvoten ein und legen diese vor. Im Hinblick auf Forschungsvorhaben sollten eine gründliche Abschätzung absehbarer Forschungsfolgen und die Beurteilung ethischer Aspekte erfolgen;
2. treffen, sofern möglich und zumutbar, zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt im Forschungsvorhaben dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte an den Forschungsergebnissen. Deren Nutzung steht uneingeschränkt dem zu, der die Forschungsergebnisse erhebt. Im Rahmen eines laufenden Forschungsprojekts entscheiden die Nutzungsberechtigten (insbesondere nach Maßgabe datenschutzrechtlicher Bestimmungen), ob Dritte Zugang zu den Daten erhalten sollen

(s. auch §6).

#### **§ 4 Leitungsverantwortung in Arbeitsgruppen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität**

- (1) Unbeschadet der Verantwortung der Leitung der Universität trägt jede Fakultät, jedes wissenschaftliche Zentrum und jede andere wissenschaftliche Einrichtung die Verantwortung für eine geeignete Organisationsstruktur und Führung, die sicherstellt, dass
  1. die Mitglieder sich wissenschaftlich redlich verhalten,
  2. die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Qualitätssicherung und Konfliktregelung eindeutig zugewiesen sind und ordnungsgemäß wahrgenommen werden und
  3. Promovierende und Studierende angemessen betreut werden und eine primäre Bezugsperson haben, die ihnen die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis - insbesondere im Hinblick auf die Autorenschaft wissenschaftlicher Qualifikationsschriften und Publikationen - vermittelt.
  4. Machtmissbrauch und das Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowohl auf der Ebene der einzelnen wissenschaftlichen Arbeitseinheit als auch auf der Ebene der Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen verhindert.
  5. Wissenschaftler/innen sowie Beschäftigte aus Verwaltung, Service und Technik (VST) genießen ein der Karrierestufe angemessenes Verhältnis von Unterstützung und Eigenverantwortung, ihnen kommt ein adäquater Status mit entsprechenden Mitwirkungsrechten zu und sie werden durch zunehmende Selbstständigkeit in die Lage versetzt, ihre Karriere zu gestalten.
- (1) Die Rollen und die Verantwortlichkeiten der an einem Forschungsvorhaben beteiligten Wissenschaftler/innen sowie der Beschäftigten aus Verwaltung, Service und Technik (VST) müssen zu jedem Zeitpunkt eines Forschungsvorhabens klar sein.

#### **§ 5 Phasenübergreifende Qualitätssicherung**

Dokumentationen und Forschungsergebnisse dürfen nicht manipuliert werden. Sie sind bestmöglich gegen Manipulation zu schützen. Wissenschaftler/innen sichern öffentlich zugänglich gemachte Forschungsdaten beziehungsweise Forschungsergebnisse sowie die ihnen zugrundeliegenden, zentralen Materialien und gegebenenfalls die eingesetzte Forschungssoftware, gemessen an den Standards des betroffenen Fachgebiets, in adäquater Weise und bewahren sie für einen angemessenen Zeitraum, in der Regel zehn Jahre, auf. Abweichungen hiervon sind zu begründen. Wird die Dokumentation diesen Anforderungen nicht gerecht, werden die Einschränkungen und die Gründe dafür nachvollziehbar dargelegt. Die Universität stellt die erforderliche Archiv-Infrastruktur sicher; verkürzte Aufbewahrungsfristen sind zu begründen. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Datum der Herstellung des öffentlichen Zugangs.

#### **§6 Autor-, Urheberschaft und wissenschaftliche Veröffentlichungen**

- (1) Autor/in ist, wer einen genuinen, nachvollziehbaren Beitrag zu dem Inhalt einer wissenschaftlichen Text-, Daten- oder Softwarepublikation geleistet hat. Ein solcher liegt insbesondere dann vor, wenn ein/e Wissenschaftler/in in wissenschaftserheblicher Weise an der Entwicklung und Konzeption des Forschungsvorhabens oder der Erarbeitung, Erhebung, Beschaffung, Bereitstellung der Daten, der Software, der Quellen oder der Analyse/Auswertung oder Interpretation der Daten, Quellen und an den aus diesen folgenden Schlussfolgerungen oder am Verfassen des Manuskripts mitgewirkt hat. Reicht ein Beitrag nicht aus, um eine Autorschaft zu rechtfertigen, kann diese Unterstützung in Fußnoten, im Vorwort oder im Acknowledgement angemessen anerkannt werden. Eine Ehrenautorschaft, bei der gerade kein solcher Beitrag geleistet wurde, ist nicht zulässig. Eine Leitungs- oder Vorgesetztenfunktion begründet für sich allein keine Mitautorschaft. Weitere Konkretisierungen zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sind ggfls. in den von den Fakultäten und wissenschaftliche Zentren zu erarbeitenden fachspezifischen Grundsätzen wissenschaftlichen Arbeitens (§ 1 Absatz 3) zu treffen.
- (2) Allen an einem Forschungsvorhaben Beteiligten ist nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben, die Mitautorschaft zu erwerben. Die dafür in Betracht kommenden Personen sollen tunlichst schon vor Beginn der Durchführung des Forschungsvorhabens benannt werden. Ohne hinreichenden Grund darf eine erforderliche Zustimmung zu einer Publikation von Ergebnissen nicht verweigert werden. Die Verweigerung der Zustimmung muss mit einer nachprüfaren Kritik an Daten, Methoden oder Ergebnissen begründet werden.

- (3) Alle Autor/innen stimmen der finalen Fassung des Werks, das publiziert werden soll, zu. Sie tragen für die Publikation die gemeinsame Verantwortung, es sei denn, es wird explizit anders ausgewiesen. Autor/innen achten darauf und wirken, soweit möglich, darauf hin, dass ihre Forschungsbeiträge von den Verlagen beziehungsweise den Infrastrukturanbietern so gekennzeichnet werden, dass sie von Nutzer/innen korrekt zitiert werden können.
- (4) Autor/innen wählen das Publikationsorgan unter Berücksichtigung seiner Qualität, Sichtbarkeit im jeweiligen Diskursfeld und dessen Orientierung an den Richtlinien zur guten wissenschaftlichen Praxis sorgfältig aus.
- (5) Wissenschaftler/innen, die die Funktion von Herausgeber/innen übernehmen, prüfen sorgfältig, für welche Publikationsorgane sie diese Aufgabe übernehmen.

## **§7 Leistungsdimensionen und Bewertungskriterien**

Für die Bewertung der Leistung von Wissenschaftler/innen ist ein mehrdimensionaler Ansatz erforderlich: Neben der wissenschaftlichen Leistung können weitere Aspekte Berücksichtigung finden. Die Bewertung der Leistung folgt in erster Linie qualitativen Maßstäben, wobei quantitative Indikatoren nur differenziert und reflektiert in die Gesamtbewertung einfließen können. Soweit freiwillig angegeben, werden auch individuelle Besonderheiten in Lebensläufen in die Urteilsbildung einbezogen.

## **§ 8 Vertraulichkeit und Neutralität bei Begutachtungen und Beratungen**

- (1) Wissenschaftler/innen, die insbesondere eingereichte Manuskripte, Förderanträge oder die Ausgewiesenheit von Personen beurteilen, sind diesbezüglich zu strikter Vertraulichkeit verpflichtet. Die Vertraulichkeit der fremden Inhalte, zu denen die/der Gutachter/in beziehungsweise das Gremienmitglied Zugang erlangt, schließt die Weitergabe an Dritte und die eigene Nutzung aus. Zulässig bleibt bei Verdachtsmomenten für wissenschaftliches Fehlverhalten die Weitergabe an die Ombudsperson gem. § 10 sowie an die Untersuchungskommission gem. § 12.
- (2) Wissenschaftler/innen zeigen etwaige sie betreffende Interessenskonflikte oder Befangenheiten, die in Bezug auf das begutachtete Forschungsvorhaben oder die Person beziehungsweise den Gegenstand der Beratung begründet sein könnten, unverzüglich bei der zuständigen Stelle an und legen alle Tatsachen offen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können.
- (3) Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit und zur Offenlegung von Tatsachen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können, gilt auch für Mitglieder in wissenschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsgremien.

## **§ 9 Unterrichtung über die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und deren Einhaltung**

- (1) Diese Ordnung ist dem wissenschaftlichen Personal der Albert-Ludwigs-Universität bei der Einstellung beziehungsweise Anstellung durch Aushändigung bekanntzugeben.
- (2) Die Studierenden sowie der sonstige wissenschaftliche Nachwuchs sind über den Inhalt dieser Ordnung zu unterrichten.
- (3) Alle wissenschaftlich Tätigen sowie an Forschungsvorhaben aktiv beteiligte und durch ihre Betreuer/innen geeignet angewiesene Studierende müssen selbst darauf bedacht sein, die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis einzuhalten und wissenschaftliches Fehlverhalten zu vermeiden. In Zweifelsfällen haben sie den Rat ihrer/ihres Arbeitsgruppenleiterin/-leiters, erfahrener Wissenschaftler/innen oder der Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft (§ 10) einzuholen.

## **§ 10 Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft; „Ombudsman für die Wissenschaft“**

- (1) Der Senat bestellt auf Vorschlag der Rektorin / des Rektors eine/n integre/n Hochschullehrer/in der Albert-Ludwigs-Universität mit Leitungserfahrung als Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft, die während der Ausübung dieses Amtes nicht Mitglied eines zentralen Leitungsgremiums der Universität sein darf, sowie zwei Stellvertreter/innen, die nicht zugleich der Untersuchungskommission (§ 12) angehören dürfen. Die Amtszeit beträgt drei Jahre; einmalige Wiederbestellung ist zulässig. Bei der Auswahl der Kandidat/innen ist darauf zu achten, dass durch die Ombudsperson und ihre Stellvertreter/innen aufgrund ihrer individuellen fachlichen Qualifikation immer sowohl die naturwissenschaftlich-technischen Fächer als auch die geistes- und sozialwissenschaftli-

chen Fächer repräsentiert werden. Die Ombudsperson und ihre Stellvertreter/innen erhalten vom Rektorat die erforderliche inhaltliche Unterstützung und Akzeptanz bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Sie können beim Rektorat Maßnahmen zur anderweitigen Entlastung beantragen. Das Rektorat trägt Sorge dafür, dass die Ombudsperson an der Universität bekannt ist.

- (2) Die Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft ist von Weisungen der universitären Organe unabhängig. Sie berät neutral und qualifiziert Personen, die sie/ihn über ein vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren, sowie Personen, die sich dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sehen. Außerdem greift sie von sich aus konkrete Hinweise auf wissenschaftliches Fehlverhalten auf, von denen sie in sonstiger Weise Kenntnis erhält.
- (3) Die Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft prüft unter Wahrung der Vertraulichkeit jeden Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung. Hält sie den Verdacht aufgrund dieser Prüfung für hinreichend, informiert sie darüber die zuständigen Gremien.
- (4) Bei Befangenheit der Ombudsperson in einem Verfahren des Verdachts auf wissenschaftliches Fehlverhalten nimmt sich eine der stellvertretenden Ombudspersonen des Verfahrens an. Die mögliche Befangenheit kann sowohl durch die Ombudsperson selbst, die stellvertretenden Ombudspersonen als auch durch Dritte geltend gemacht werden.
- (5) Mitglieder und Angehörige der Universität sowie sonstige Hinweisgebende können sich an die Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft, Wissenschaftler/innen mit einem Bezug zum deutschen Wissenschaftssystem auch wahlweise an das überregional tätige Gremium „Ombudsman für die Wissenschaft“ wenden.

## **Zweiter Abschnitt: Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten**

### **§ 11 Wissenschaftliches Fehlverhalten**

- (1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn eine an der Universität wissenschaftlich tätige Person in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig Falschangaben macht, sich fremde wissenschaftliche Leistungen unberechtigt zu eigen macht oder die Forschungstätigkeit anderer beeinträchtigt. Unberührt bleiben die besonderen Tatbestände gemäß Absatz 5 bis 8.
- (2) Falschangaben sind
  - a) das Erfinden von Daten und/oder Forschungsergebnissen,
  - b) das Verfälschen von Daten und/oder Forschungsergebnissen, insbesondere durch Unterdrücken und/oder Beseitigen von im Forschungsprozess gewonnenen Daten und/oder Ergebnissen, ohne dies offen zu legen, oder durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung,
  - c) die inkongruente Darstellung von Bild und dazugehöriger Aussage,
  - d) unrichtige Angaben in einem Förderantrag oder im Rahmen der Berichtspflicht (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen), soweit diese wissenschaftsbezogen sind,
  - e) die Inanspruchnahme der (Mit-)Autorschaft einer bzw. eines anderen ohne deren bzw. dessen Einverständnis.
- (3) Ein unberechtigtes Zu-eigen-machen fremder wissenschaftlicher Leistungen liegt in folgenden Fällen vor:
  - a) Ungekennzeichnete Übernahme von Inhalten Dritter ohne die gebotene Quellenangabe („Plagiat“),
  - b) Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen („Ideendiebstahl“),
  - c) Unbefugte Weitergabe von Daten, Theorien und Erkenntnissen an Dritte,
  - d) Anmaßung oder unbegründete Annahme einer Autor- oder Mitautorschaft, insbesondere, wenn kein genuiner, nachvollziehbarer Beitrag zum wissenschaftlichen Inhalt der Publikation geleistet wurde,
  - e) Verfälschung des Inhalts,

- f) Unbefugte Veröffentlichung und unbefugtes Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist.
- (4) Eine Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:
- Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die andere zu Forschungszwecken benötigen),
  - Verfälschung oder unbefugte Beseitigung von Forschungsdaten oder Forschungsdokumenten,
  - Verfälschung oder unbefugte Beseitigung der Dokumentation von Forschungsdaten.
- (5) Wissenschaftliches Fehlverhalten von an der Universität wissenschaftlich Tätigen ergibt sich – bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit – auch aus
- der Mitautorschaft an einer Veröffentlichung, die Falschangaben oder unberechtigt zu eigen gemachte fremde wissenschaftliche Leistungen enthält,
  - der Vernachlässigung von Aufsichtspflichten, wenn eine andere oder ein anderer objektiv den Tatbestand wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Sinne von Absatz 1 bis 4 erfüllt hat und dies durch die erforderliche und zumutbare Aufsicht verhindert oder wesentlich erschwert worden wäre.
- (6) Wissenschaftliches Fehlverhalten ergibt sich ferner aus der vorsätzlichen Beteiligung (im Sinne einer Anstiftung oder Beihilfe) am vorsätzlichen, nach dieser Satzung tatbestandsmäßigen Fehlverhalten anderer.
- (7) Wissenschaftliches Fehlverhalten von Gutachtenden oder Gremienmitgliedern der Universität liegt vor, wenn diese vorsätzlich oder grob fahrlässig
- unbefugt Daten, Theorien oder Erkenntnisse, von denen sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gutachtende oder Gremienmitglied Kenntnis erlangt haben, für eigene wissenschaftliche Zwecke verwenden,
  - im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gutachtende oder Gremienmitglied unbefugt unter Verletzung der Vertraulichkeit des Verfahrens Daten, Theorien oder Erkenntnisse an Dritte weitergeben,
  - im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gutachtende oder Gremienmitglied Tatsachen oder Umstände, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können, nicht gegenüber der zuständigen Stelle offenlegen.
- (8) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt auch vor, wenn eine gutachtende Person oder ein Gremienmitglied der Universität im Rahmen ihrer/seiner Tätigkeit in der Absicht, sich oder einer anderen Person einen Vorteil zu verschaffen, wider besseres Wissen Tatsachen nicht offenlegt, aus denen sich ein wissenschaftliches Fehlverhalten der anderen Person im Sinne von Absatz 1 bis 5 ergibt.

## § 12 Untersuchungskommission

- Die Albert-Ludwigs-Universität setzt eine Untersuchungskommission zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft ein. Die ständigen Mitglieder dieser Untersuchungskommission werden auf Vorschlag der Rektorin / des Rektors durch den Senat bestellt. Als ständige Mitglieder gehören der Untersuchungskommission fünf Professor/innen der Universität an, von denen jeweils eine/r die Fachbereiche (a) Theologie, Philosophie und Philologie, (b) Rechtswissenschaft, (c) Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften, (d) Mathematik, Natur- und Umweltwissenschaften und (e) Medizin vertritt; weitere ständige Mitglieder sind zwei aus unterschiedlichen Fachbereichen stammende Angehörige des wissenschaftlichen Dienstes der Universität sowie ein nicht hauptberuflich tätiges Mitglied oder ein Nichtmitglied der Universität mit der Befähigung zum Richteramt. Für jedes Mitglied der Untersuchungskommission wird ein/e Stellvertreter/in bestellt, die/der das Mitglied im Falle der Verhinderung vertritt. Die Amtszeit beträgt drei Jahre; Wiederbestellung ist zulässig. Darüber hinaus gehört der Untersuchungskommission ein Mitglied des Fakultätsvorstands derjenigen Fakultät an, der die/der vom Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens Betroffene angehört oder angehört hat.
- Die Untersuchungskommission hat die Aufgabe, die Rektorin / den Rektor in Angelegenheiten der Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft zu beraten und den Verdacht wissenschaftlichen Fehl-

verhaltens gemäß § 11 zu untersuchen. Die Zuständigkeit der Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsausschüsse für die Feststellung und Ahndung wissenschaftlichen Fehlverhaltens im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verleihung akademischer Grade bleibt unberührt. Ergibt sich in einem Prüfungsverfahren (§ 14) der Untersuchungskommission ein hinreichender Verdacht auf ein disziplinarrechtlich relevantes Verhalten oder auf Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten, benachrichtigt die Untersuchungskommission unverzüglich die Rektorin / den Rektor und setzt ihre Prüfung vorläufig aus.

- (3) Die Untersuchungskommission wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n sowie eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Sie kann sich mit Zustimmung des Senats eine Geschäftsordnung geben. Die Untersuchungskommission tagt nichtöffentlich. Sie kann Mitglieder der Universität und andere sachverständige Personen hinzuziehen; diese nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.
- (4) Die Mitglieder der Untersuchungskommission unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst der Albert-Ludwigs-Universität stehen, sind sie durch die/den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten; gleiches gilt für als Sachverständige hinzugezogene Personen. Die Verpflichtung ist aktenkundig zu machen.
- (5) Leitet der zuständige Prüfungs-, Promotions- oder Habilitationsausschuss aufgrund eines hinreichenden Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens ein Verfahren ein, setzt die Untersuchungskommission ihre Prüfung vorläufig aus. Ergeben sich aus dem hinreichenden Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens Aufgaben und Pflichten des Dienstherrn oder des Arbeitgebers, gilt Satz 1 entsprechend.

### **§ 13 Hinweisgebende und von Vorwürfen Betroffene**

- (1) Alle Stellen, die einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens überprüfen, insbesondere die Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft und die Untersuchungskommission, setzen sich in geeigneter Weise für den Schutz sowohl der Hinweisgebenden als auch der/des von den Vorwürfen Betroffenen ein. Der/Dem von den Vorwürfen Betroffenen sollen grundsätzlich so lange keine Nachteile aus der Überprüfung des Verdachts erwachsen, bis ein wissenschaftliches Fehlverhalten förmlich festgestellt wurde. Der/Dem Hinweisgebenden dürfen keine Nachteile für das eigene wissenschaftliche oder berufliche Fortkommen erwachsen, wenn die Anzeige nicht nachweislich wider besseres Wissen erfolgte.
- (2) Die Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens erfolgt in jedem Verfahrensstadium ausdrücklich unter Beachtung der Vertraulichkeit und der Unschuldsvermutung.
- (3) Die Anzeige soll – insbesondere bei Wissenschaftler/innen in einer frühen Karrierephase – möglichst nicht zu Verzögerungen während der Qualifizierung der/des Hinweisgebenden führen, die Erstellung von Abschlussarbeiten und Promotionen soll keine Benachteiligung erfahren; dies gilt auch für Arbeitsbedingungen sowie mögliche Vertragsverlängerungen.
- (4) Die/der Hinweisgebende muss über objektive Anhaltspunkte verfügen und in gutem Glauben handeln, dass möglicherweise gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen wurde. Kann die/der Hinweisgebende die Fakten nicht selbst prüfen oder bestehen in Hinsicht auf einen beobachteten Vorgang Unsicherheiten bei der Interpretation der Leitlinien zur guten wissenschaftlichen Praxis, sollte die/der Hinweisgebende sich zur Klärung des Verdachts an die Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft oder – als Wissenschaftler/in mit einem Bezug zum deutschen Wissenschaftssystem - an das Gremium „Ombudsman für die Wissenschaft“ wenden.
- (5) Eine anonym erhobene Anzeige kann nur dann in einem Verfahren überprüft werden, wenn die/der Hinweisgebende der Stelle, die den Verdacht prüft, belastbare und hinreichend konkrete Tatsachen vorträgt.
- (6) Ist die/der Hinweisgebende namentlich bekannt, behandelt die untersuchende Stelle den Namen vertraulich und gibt ihn nicht ohne entsprechendes Einverständnis an Dritte heraus. Etwas anderes gilt nur, wenn hierzu eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder die/der von den Vorwürfen Betroffene sich andernfalls nicht sachgerecht verteidigen kann, weil es hierfür ausnahmsweise auf die Identität der/des Hinweisgebenden ankommt. Bevor der Name der/des Hinweisgebenden offengelegt wird, wird sie/er darüber umgehend in Kenntnis gesetzt; die/der Hinweisgebende kann entscheiden, ob sie/er die Anzeige – bei abzusehender Offenlegung des Namens – zurückzieht. In diesem Fall ist Vertraulichkeit zu wahren, jedoch wird dadurch das Verfahren nicht beendet; Absatz 5 gilt entsprechend. Die/der Hinweisgebende ist auch im Falle eines nicht erwiesenen wissenschaftlichen Fehlverhaltens zu schützen, sofern die Anzeige nicht nachweislich wider besseres Wissen erfolgt ist.

- (7) Die Vertraulichkeit des Verfahrens erfährt Einschränkungen, wenn sich die/der Hinweisgebende mit dem Verdacht an die Öffentlichkeit wendet. Die untersuchende Stelle entscheidet im Einzelfall, wie sie mit der Verletzung der Vertraulichkeit durch die/den Hinweisgebende/n umgeht.

#### **§ 14 Prüfungsverfahren**

- (1) Wird die Untersuchungskommission von der Ombudsperson für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft, universitären Gremien oder Mitgliedern der Universität oder in sonstiger Weise über einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens informiert, prüft sie nach Feststellung ihrer Zuständigkeit den Sachverhalt. Insbesondere prüft sie den mitgeteilten Verdacht unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung.
- (2) Im Falle eines nach Einschätzung der Untersuchungskommission hinreichenden Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens ist der/dem Betroffenen in jeder Phase des Verfahrens die Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen. Auf Antrag ist sie/er mündlich anzuhören; dazu kann sie/er eine Person seines Vertrauens als Beistand hinzuziehen. Für die/den Hinweisgebenden gilt Satz 2 entsprechend. Soweit es zweckdienlich ist, kann die Untersuchungskommission mehrere ihr vorliegende Fälle, die denselben Sachverhalt betreffen, verbinden und auch wieder trennen.
- (3) Die Untersuchungskommission ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen und in freier Beweiswürdigung. Mitglieder und Einrichtungen der Universität haben die Untersuchungskommission bei der Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben zu unterstützen. Die Universität gewährleistet eine möglichst zeitnahe Durchführung des gesamten Verfahrens und unternimmt die erforderlichen Schritte, um jeden Verfahrensabschnitt innerhalb eines angemessenen Zeitraums abzuschließen. Die Untersuchungskommission führt ihre Prüfung unabhängig, insbesondere frei von Weisungen anderer Universitätsorgane, durch.
- (4) Die Mitglieder der Untersuchungskommission sind dazu verpflichtet, auf etwaige Befangenheiten hinzuweisen. Die Untersuchungskommission prüft, ob ein absoluter Befangenheitsgrund entsprechend § 20 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) vorliegt. In diesem Fall ist das Mitglied von der weiteren Mitwirkung im Verfahren ausgeschlossen. Bei einer möglichen Befangenheit im Sinne von § 21 LVwVfG entscheidet die Untersuchungskommission nach pflichtgemäßem Ermessen über die weitere Mitwirkung. Im Übrigen finden die Vorschriften der Verfahrensordnung der Universität sowie ergänzend des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in ihrer jeweils aktuellen Fassung entsprechende Anwendung.
- (5) Die Untersuchungskommission hat der Rektorin / dem Rektor über die Untersuchung und deren Ergebnisse einen Sachstandsbericht vorzulegen; sie ist nicht befugt, Sanktionen vorzuschlagen oder Empfehlungen auszusprechen. Die Rektorin / der Rektor entscheidet, ob und wem der Sachstandsbericht bekanntgegeben wird. Eine rechtliche Bindung an den Sachstandsbericht besteht nicht. Die Rektorin / der Rektor informiert die Untersuchungskommission über das weitere Verfahren in den von ihr mitgeteilten Fällen.

#### **§ 15 Maßnahmen und Konsequenzen**

- (1) Die jeweils zuständigen Organe der Universität prüfen in eigener Verantwortung, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um festgestelltes wissenschaftliches Fehlverhalten zu ahnden oder ähnliches Fehlverhalten künftig auszuschließen. In Abhängigkeit von dem Schweregrad eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens kommen nach Maßgabe des anwendbaren Rechts insbesondere folgende Maßnahmen in Betracht:
1. Schriftliche Rüge,
  2. Aufforderung an die beschuldigte Person, inkriminierte Veröffentlichungen zurückzunehmen oder zu korrigieren bzw. die Veröffentlichung inkriminierter Manuskripte zu unterlassen,
  3. Rücknahme von Förderentscheidungen bzw. Rücktritt von Förderverträgen, soweit die Entscheidung von der Universität getroffen oder der Vertrag von der Universität geschlossen worden ist, ggf. einschließlich einer Mittelrückforderung,
  4. Ausschluss von einer Tätigkeit als Gutachtende oder Gremienmitglied der Universität auf Zeit,
  5. arbeitsrechtliche Maßnahmen,
  6. Einleitung eines beamtenrechtlichen Disziplinarverfahrens,
  7. Strafanzeige an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft,
  8. Ordnungswidrigkeitenanzeige an die zuständige Behörde,

9. Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche,
  10. Geltendmachung öffentlich-rechtlicher Ansprüche,
  11. Einleitung eines Verfahrens zum Entzug eines akademischen Grades oder Anregung der Einleitung eines solchen Verfahrens.
- (2) Kommt nach Feststellung eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens als Maßnahme der Entzug eines akademischen Grades in Betracht, werden die dafür zuständigen Ausschüsse der Fakultäten einbezogen, die gegebenenfalls über den Entzug von Titeln oder Graden entscheiden. Das Ergebnis wird nach Abschluss der Ermittlungen den betroffenen Wissenschaftsorganisationen und gegebenenfalls Dritten, die ein begründetes Interesse an der Entscheidung haben, mitgeteilt.

#### **§ 16 Bericht über Verfahren wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens**

- (1) Die Fakultäten und wissenschaftlichen Zentren sind verpflichtet, Daten zu von ihnen durchgeführten Verfahren wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens zu erheben und der Untersuchungskommission hierüber jährlich einen Bericht zu übermitteln; der Bericht darf keine personenbezogenen Daten enthalten.
- (2) Die Untersuchungskommission berichtet jährlich dem Senat über den Stand der von ihr durchgeführten Verfahren sowie über die von den Fakultäten und wissenschaftlichen Zentren mitgeteilten Verfahren.

#### **§ 17 Ehemalige Mitglieder der Universität**

War die/der vom Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens Betroffene zum maßgeblichen Zeitpunkt Mitglied der Albert-Ludwigs-Universität, gelten die Vorschriften dieser Ordnung auch dann, wenn sie/er inzwischen nicht mehr Mitglied der Universität ist.

#### **§ 18 Aktenaufbewahrung**

Die Akten des Prüfungsverfahrens werden 30 Jahre aufbewahrt.

#### **Schlussbestimmung**

#### **§ 19 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Sicherung der Redlichkeit in der Wissenschaft vom 10. Juni 2011 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 42, Nr. 38, S. 395-399) in der Fassung der Zweiten Änderungssatzung vom 20. November 2014 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 45, Nr. 86, S. 653) - Ordnung alter Fassung -, außer Kraft.
- (2) Die Amtszeit der gemäß §§ 6 und 8 der Ordnung alter Fassung bestellten Ombudsperson („Beauftragter“) für die Selbstkontrolle in der Wissenschaft und der Mitglieder der Untersuchungskommission dauert bis zum bisher festgesetzten Ende fort.
- (3) Die bei Inkrafttreten dieser Satzung bei der Ombudsperson oder der Untersuchungskommission anhängigen Verfahren werden nach den Verfahrensbestimmungen dieser Satzung fortgeführt.

Freiburg, den 31. Mai 2022

Prof. Dr. Kerstin Kriegelstein  
Rektorin

# **Regulations of the University of Freiburg on Safeguarding Academic Integrity**

(Inoffizielle Übersetzung / unofficial translation)

Pursuant to section 3 Paragraph 5 Clause 4 in conjunction with section 19 Paragraph 1 Clause 2 No. 10 of the Higher Education Act of the State of Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz - LHG) of January 01, 2005 (GBl. S. 1), as last amended on December 21, 2021 by Article 7 of the Act (GBl. 2022, S. 1, 2), the Senate of the University of Freiburg passed the following regulations in its session on May 25, 2022.

These Regulations implement the “Guidelines for Safeguarding Good Academic Practice” by the German Research Foundation (DFG) from September 2019 in a legally binding manner.

For topics of these DFG guidelines, for which the University of Freiburg has its own guidelines, sets of rules and catalogues of measures in addition to these Regulations, reference is made to these in their respective valid version. These include:

1. Basic Regulations of the University of Freiburg with regard to guiding principles and self-responsibility
2. European Charter for Researchers, Code of Conduct for the Recruitment of Researchers
3. Leadership guidelines at the University of Freiburg
4. Statutes of the Commission on Responsibility in Research and University of Freiburg Guidelines for the Responsible Handling of Research Freedom and Research Risks
5. Statutes of the University of Freiburg on the Implementation of Central Ombudsman Proceedings for doctoral candidates and supervisors at the University of Freiburg
6. Further education on academic honesty
7. Framework doctoral regulations and the doctoral regulations, examination regulations and habilitation regulations of the faculties
8. Doctoral agreements between doctoral candidates and supervisors
9. Compass for good supervision of doctoral candidates at the University of Freiburg
10. Appointment guidelines
11. Statutes and quality assurance concept for junior professorships and tenure-track professorships
12. Offers of interdisciplinary qualification and advice for doctoral students and post-doctoral researchers
13. Personnel development concept in academia
14. Principles and procedures for personnel selection and development for employees in the areas of administration, service and technological infrastructure
15. University of Freiburg Guidelines for the Duration of Employment Contracts in Academia from January 27, 2016
16. Diversity and equality concepts at the University of Freiburg
17. Against Sexual Harassment and Stalking. A Guide for Practice
18. University compliance rules

## **First Part: Academic self-regulation**

### **Section 1 Obligation to uphold academic integrity**

(1) All academics at the University of Freiburg as well as the students are bound to act in accordance with the rules of good academic practice as defined in section 2. The faculties and scientific centres shall familiarize students and scientists with the rules of good academic practice at an early stage of their career and warn them against scientific misconduct. Scientists at all career levels shall regularly update their knowledge of the standards of good scientific practice and the state of research.

(2) The University of Freiburg is committed to creating the organizational and personnel structures necessary to ensure honesty in science and to prevent scientific misconduct, to regularly reviewing their effectiveness and, if necessary, to making targeted adjustments.

(3) The faculties and scientific centres shall develop subject-specific principles of academic work for their respective areas and make them known in an appropriate manner. Direct reference to these Regulations is also possible. Several faculties or scientific centres may agree on the application of common principles of academic work.

(4) The rules of good academic practice shall be integrated into academic teaching and into the training of junior researchers. Experienced scientists and scientists in an early career phase shall support each other in the continuous learning and training process and maintain a regular exchange.

(5) Employment and service rights and obligations are not affected by these statutes.

## **Section 2 Rules of good academic practice**

(1) The rules of good academic practice include, in particular, the following general principles of academic work:

1. to work according to the recognized rules (*lege artis*),
2. to apply academically sound and comprehensible methods and to take aspects of quality assurance and standard formation into account when developing and applying new methods,
3. to document research results (used or emerging research data, method, evaluation and analysis steps), if necessary to deposit the origin of the hypothesis, to ensure the traceability of citations,
4. to be honest about the contributions of partners, competitors and predecessors,
5. to critically examine all results and their interpretations,
6. to use methods to avoid (unconscious) bias in the collection and interpretation of findings (e.g. by blinding) as best as possible,
7. to allow and promote critical discourse in the academic community.

(2) The rules of good academic practice also include the subject-specific principles of academic work developed by the individual faculties and academic centres.

## **Section 3 Legal and ethical framework; rights of use**

Researchers:

1. observe rights and obligations, in particular those resulting from legal requirements, but also from contracts with third parties, and obtain and submit approvals and ethics votes where necessary. With regard to research projects, a thorough assessment of foreseeable research consequences and evaluation of ethical aspects should be carried out;
2. make documented agreements on the rights to use the research results at the earliest possible stage in the research project, if possible and reasonable. Their use shall be without restriction for the party collecting the research results. In the context of an ongoing research project, the authorized users decide (in particular in accordance with data protection regulations) whether third parties should have access to the data (see also section 6).

## **Section 4 Responsibilities of heads of research groups and research institutes at the University**

(1) Without prejudice to the responsibility of the management of the University, each faculty, scientific centre, and other academic institution shall be responsible for an appropriate organizational structure and leadership that ensures that

1. the members adhere to the rules of academic integrity,
2. the tasks of management, supervision, quality assurance and conflict resolution are clearly assigned and properly performed, and
3. doctoral candidates and students are adequately supervised and have a primary reference person who teaches them the principles of good academic practice - especially with regard to the authorship of scientific qualification papers and publications,
4. abuse of power and the exploitation of dependencies is prevented by appropriate organizational measures both at the level of the individual scientific working unit and at the level of the management of scientific institutions,
5. researchers and employees from administration, service and technological infrastructure enjoy a relationship of support and personal responsibility appropriate to their career level; they are accorded an adequate status with corresponding rights of participation and are enabled to shape their careers through increasing independence.

(2) The roles and responsibilities of the researchers involved in a research project and of the employees from management, service and technological infrastructure shall be clear at all times during a research project.

## **Section 5 Cross-phase quality assurance**

Documentation and research results must not be manipulated. They must be protected against manipulation as far as possible. Researchers shall adequately secure publicly accessible research data or research results

as well as the underlying central materials and, if applicable, the research software used, in accordance with the standards of the discipline concerned, and shall store them for an appropriate period of time, generally ten years. Deviations from this are to be justified. If the documentation does not meet these requirements, the restrictions and the reasons for them shall be explained in a comprehensible manner. The University ensures the necessary archiving infrastructure; shortened retention periods must be justified. The retention period begins on the date the documentation was made publicly accessible.

## **Section 6 Authorship and scientific publications**

(1) An author is someone who has made a genuine, verifiable contribution to the content of a scientific text, data or software publication. Such a contribution exists in particular if a researcher has participated in a scientifically relevant way in the development and conception of the research project or in the development, collection, procurement, provision of the data, the software, the sources or in the analysis/evaluation or interpretation of the data, sources and in the conclusions drawn from them or in the writing of the manuscript. If a contribution is not sufficient to warrant authorship, such support may be appropriately acknowledged in footnotes, the foreword, or the acknowledgement. Honorary authorship where precisely no such contribution has been made is not permissible. A managerial or supervisory position does not in itself constitute co-authorship. Further details on the publication of research results may be specified in the subject-specific principles of scientific work to be developed by the faculties and scientific centres (section 1 paragraph 3).

(2) All persons involved in a research project shall, if possible, be given the opportunity to acquire co-authorship. The persons to be considered for this should be named as far as possible before the start of the research project. Without sufficient reason, the necessary consent to the publication of results may not be withheld. The refusal of consent must be justified with a verifiable criticism of data, methods or results.

(3) All authors agree to the final version of the work to be published. They are jointly responsible for the publication, unless explicitly stated otherwise. Authors take care and, as far as possible, work towards ensuring that their research contributions are marked by the publishers or infrastructure providers in such a way that they can be correctly cited by users.

(4) Authors shall carefully select the publication medium, taking into account its quality, visibility in the respective field of discourse and its orientation towards the guidelines for good academic practice.

(5) Scientists who assume the function of editors carefully check for which publication organs they assume this task.

## **Section 7 Performance dimensions and evaluation criteria**

In order to evaluate a researcher's performance, a multidimensional approach is required: In addition to academic performance, other aspects may be taken into account. The evaluation of performance primarily follows qualitative standards, whereby quantitative indicators can only be included in the overall evaluation in a differentiated and reflected manner. As far as freely indicated, individual characteristics in CVs are also included in the assessment.

## **Section 8 Confidentiality and neutrality in assessments and consultations**

(1) Researchers who, in particular, evaluate submitted manuscripts, funding applications, or the credentials of individuals are obligated to maintain strict confidentiality in this regard. The confidentiality of the external content to which the reviewer or committee member gains access excludes the disclosure to third parties and own use. In the event of suspicion of academic misconduct, disclosure to the Representative pursuant to section 10 and to the Investigative Commission pursuant to section 12 shall remain permissible.

(2) Researchers shall immediately disclose to the competent body any conflicts of interest or bias affecting them that could be justified with regard to the research project being reviewed or the person or subject of the consultation, and shall disclose all facts that could give rise to concerns of bias.

(3) The obligation to maintain confidentiality and to disclose facts that could give rise to concerns of bias shall also apply to members of scientific advisory and decision-making bodies.

## **Section 9 Informing about and observing the rules of good academic practice**

(1) These Regulations shall be made known to the academic staff of the University of Freiburg when they are hired or employed.

(2) Students and other junior researchers shall be informed of the contents of these Regulations.

(3) All academic staff and students actively involved in research projects and suitably instructed by their supervisors must themselves take care in order to observe the rules of good academic practice and to avoid academic

misconduct. In cases of doubt, they must seek the advice of their research group leader, experienced scientists or the Representative for Academic Self-Regulation (section 10).

## **Section 10 Representative for Academic Self-regulation (“Ombudsperson”); “The German Research Ombudsman”**

(1) Upon proposal of the Rector, the Senate shall appoint a university professor of the University of Freiburg with integrity and management experience as a Representative for Academic Self-Regulation, who must not be a member of a central management body of the University during the exercise of this office, as well as two deputies, who must not at the same time be members of the Investigation Commission (section 12). The term of office is three years; one reappointment is permitted. When selecting candidates, care must be taken to ensure that the Representative and his/her deputies always represent both the natural science and technical subjects as well as the humanities and social sciences based on their individual professional qualifications. The Representative and his or her deputy receive the necessary support and acceptance from the Rectorate in the performance of their duties. They may apply to the Rectorate for measures to relieve them of other duties. The Rectorate shall ensure that the Representative is known at the University.

(2) The Representative for Academic Self-Regulation shall be independent of instructions from University bodies. He/she gives neutral and competent advice to persons who inform him/her about suspected academic misconduct, as well as persons who feel exposed to the suspicion of academic misconduct. In addition, the Representative shall take up concrete indications of academic misconduct of which he/she becomes aware in any other way.

(3) The Representative for Academic Self-Regulation shall examine any suspicion of academic misconduct with regard to its concreteness and significance, while maintaining confidentiality. If, on the basis of this examination, she/he considers the suspicion to be sufficient, she/he shall inform the responsible bodies accordingly.

(4) In case of bias of the Representative in a procedure of suspected academic misconduct, one of the deputy representatives shall take over the procedure. The possible bias can be asserted by the Representative, the Deputy Representative or by third parties.

(5) Members of the University as well as other informants can turn to the Representative for Academic Self-Regulation; researchers with a connection to the German academic system can also turn to the nationally active committee "The German Research Ombudsman" (DFG).

## **Second Part: Proceedings in cases of suspected academic misconduct**

### **Section 11 Academic misconduct**

(1) Academic misconduct shall be deemed to have occurred if a person engaged in academic work at the University intentionally or grossly negligently makes false statements in a context relevant to science, unjustifiably appropriates the academic achievements of others, or impairs the research activities of others. The special circumstances pursuant to paragraphs 5 to 8 shall remain unaffected.

(2) False statements are

- a) the fabrication of data and/or research results,
- b) the falsification of data and/or research results, in particular by suppressing and/or eliminating data and/or results obtained in the research process without disclosing this, or by manipulating a representation or illustration,
- c) incongruent presentation of image and associated statement,
- d) incorrect information in a grant application or in the context of the reporting obligation (including false information on the publication organ and on publications in print), insofar as these are science-related,
- e) claiming the (co-)authorship of another person without his or her consent.

(3) An unauthorized attribution of another's academic achievements shall be deemed to have occurred in the following cases:

- a) Unmarked adoption of third-party content without the required citation ("plagiarism"),
- b) exploitation of research approaches and ideas ("theft of ideas"),
- c) unauthorized disclosure of data, theories and findings to third parties,
- d) presumption or unfounded assumption of authorship or co-authorship, especially if no genuine, traceable contribution to the scientific content of the publication has been made,
- e) falsification of the content,

- f) unauthorized publication and unauthorized making accessible to third parties, as long as the work, the finding, the hypothesis, the teaching or the research approach has not yet been published.
- (4) Interference with the research activities of others shall exist in particular in the following cases:
- a) Sabotage of research activities (including damaging, destroying, or tampering with experimental set-ups, equipment, records, hardware, software, chemicals, or other property needed by others for research purposes),
  - b) falsification or unauthorized disposal of research data or research documents,
  - c) falsification or unauthorized disposal of research data documentation.
- (5) Academic misconduct on the part of persons engaged in academic activities at the University also arises - in the case of intent or gross negligence - from
- a) co-authorship of a publication containing false statements or academic achievements of others which have been unjustifiably appropriated,
  - b) neglect of supervisory duties, if another person has objectively committed the facts of academic misconduct as defined in paragraphs 1 to 4 and this would have been prevented or made considerably more difficult by the necessary and reasonable supervision.
- (6) Academic misconduct also results from the intentional participation (in the sense of instigation or aiding and abetting) in the intentional misconduct of others, which is a criminal offense under these statutes.
- (7) Academic misconduct on the part of reviewers or committee members of the University shall be deemed to have occurred intentionally or through gross negligence in case of
- a) unauthorized use of data, theories or findings for their own scientific purposes of which they have become aware in the course of their work as an assessor or committee member,
  - b) disclosure of data, theories or findings to third parties without authorization and in violation of the confidentiality of the proceedings, in the course of their activities as an assessor or panel member,
  - c) failure to disclose to the competent body facts or circumstances that may give rise to concern about bias, in the course of their activities as an assessor or panel member.
- (8) Academic misconduct shall also be deemed to have occurred if, in the course of his/her activities, an assessor or a member of a committee of the University, with the intention of obtaining an advantage for himself/herself or another person, fails, against his/her better knowledge, to disclose facts from which academic misconduct on the part of the other person within the meaning of paragraphs 1 to 5 may be inferred.

## **Section 12 Investigative Commission**

- (1) The University of Freiburg shall establish an Investigative Commission to Ensure Academic Integrity. The permanent members of this Investigative Commission are appointed by the Senate on the proposal of the Rector. The permanent members of the Investigative Commission shall be five professors of the University, one of whom shall represent each of the departments of (a) Theology, Philosophy and Philology, (b) Law, (c) Behavioral and Economic Sciences, (d) Mathematics, Natural and Environmental Sciences, and (e) Medicine; other permanent members shall be two members of the academic staff of the University from different departments, as well as one non-professional member or one non-member of the University qualified to hold judicial office. An alternate is appointed for each member of the Investigative Commission to represent the member in the event that he or she is unable to attend. The term of office is three years; reappointment is permitted. In addition, the Investigative Commission shall include a member of the faculty board of the faculty to which the person accused of academic misconduct belongs or has belonged.
- (2) The Investigative Commission has the task of advising the Rector in matters of safeguarding academic integrity and of investigating suspected academic misconduct in accordance with Section 11. The competence of the examination, doctoral and habilitation committees to determine and punish academic misconduct in direct connection with the award of academic degrees shall remain unaffected. If, in an examination procedure (Section 14) of the Investigative Commission, there is sufficient suspicion of conduct relevant under disciplinary law or of a breach of contractual obligations, the Investigative Commission shall notify the Rector without delay and suspend its examination for the time being.
- (3) The Investigative Commission shall elect a chairperson and a deputy chairperson from among its members. It may, with the consent of the Senate, adopt rules of procedure. The Investigative Commission shall meet in private. It may call in members of the University and other expert persons; these shall participate in the meetings in an advisory capacity.

- (4) The members of the Investigative Commission shall be bound by official secrecy. If they are not in the public service of the University of Freiburg, they shall be specially bound to secrecy by the chairperson; the same shall apply to persons called in as experts. The commitment to secrecy shall be recorded in the files.
- (5) If the responsible examination, doctoral or postdoctoral committee initiates proceedings on the basis of sufficient suspicion of academic misconduct, the examination committee shall provisionally suspend its examination. If the duties and obligations of the employer arise from the reasonable suspicion of academic misconduct, sentence 1 shall apply accordingly.

### **Section 13 Whistleblowers and those affected by allegations**

- (1) All bodies investigating suspected academic misconduct, in particular the Representative for Academic Self-regulation and the Investigative Commission, shall take appropriate measures to protect both the person making the allegation and the person affected by the allegation. The person affected by the allegations should not suffer any disadvantages from the examination of the suspicion until academic misconduct has been formally established. The person making the report must not suffer any disadvantages for his/her own scientific or professional advancement, unless it can be proven that the report was made against his/her better knowledge.
- (2) The investigation of allegations of academic misconduct shall be carried out in each procedural state expressly in compliance with confidentiality and the presumption of innocence.
- (3) The report should - especially in the case of researchers in an early career phase - not lead to delays in the qualification of the whistleblower, the preparation of theses and doctorates should not be disadvantaged; this also applies to working conditions and possible contract extensions.
- (4) The whistleblower must have objective evidence and act in good faith that standards of good academic practice may have been violated. If the whistleblower cannot check the facts him/herself or if there are uncertainties in the interpretation of the guidelines for good academic practice with regard to an observed event, the whistleblower should contact the Representative for Academic Self-Regulation or - as a researcher with a connection to the German academic system - the committee "The German Research Ombudsman" to clarify the suspicion.
- (5) An anonymously made report can only be reviewed in a procedure if the person making the report provides the body reviewing the suspicion with reliable and sufficiently concrete facts.
- (6) If the informant is known by name, the investigating body shall treat the name confidentially and shall not disclose it to third parties without appropriate consent. This shall not apply unless there is a legal obligation to do so or the person affected by the allegations cannot otherwise defend him/herself properly because the identity of the whistleblower is exceptionally important for this purpose. Before the name of the whistleblower is disclosed, he/she will be informed immediately; the whistleblower can decide whether to withdraw the report if the name is likely to be disclosed. In this case, confidentiality must be maintained, but this does not terminate the proceedings; paragraph 5 applies accordingly. The whistleblower shall also be protected in the event of unproven academic misconduct, unless it can be proven that the report was made against his/her better knowledge.
- (7) The confidentiality of the procedure is restricted if the whistleblower makes the suspicion public. The investigating agency shall decide on a case-by-case basis how to deal with a breach of confidentiality by the whistleblower.

### **Section 14 Investigation procedure**

- (1) If the Investigative Commission is informed of a suspicion of academic misconduct by the Representative for Self-Regulation in Science, University committees or members of the University or in any other way, it shall examine the facts of the case after establishing its competence. In particular, it shall examine the reported suspicion with regard to plausibility, concreteness and significance.
- (2) In the event of a suspicion of academic misconduct which the Investigative Commission considers sufficient, the person concerned shall be given the opportunity to make a statement at every stage of the proceedings. Upon request, he/she shall be heard orally; for this purpose, he/she may call in a person of his/her confidence as an advisor. Sentence 2 shall also apply to the person providing the information. Insofar as it is expedient, the Investigative Commission may combine and also separate several cases before it which concern the same facts.
- (3) The Investigative Commission shall investigate the facts ex officio and in free assessment of the evidence. Members and institutions of the University shall assist the Investigative Commission in the performance of its duties. The University shall ensure that the entire procedure is carried out as promptly as possible and shall take the necessary steps to complete each stage of the procedure within a reasonable period

of time. The Investigative Commission shall conduct its examination independently, in particular free from instructions from other University bodies.

- (4) The members of the Investigative Commission shall be obliged to indicate any bias. The Investigative Commission shall examine whether there is an absolute reason for bias in accordance with Section 20 of the State Administrative Procedure Act (LVwVfG). In this case, the member is excluded from further participation in the proceedings. In the event of possible bias within the meaning of Section 21 LVwVfG, the Investigative Commission shall decide on further participation at its due discretion. In all other respects, the provisions of the University's Code of Procedure and, in addition, the current version of the State Administrative Procedure Act shall apply accordingly.
- (5) The Investigative Commission shall submit a progress report on the investigation and its results to the Rector; it shall not be authorized to propose sanctions or make recommendations. The Rector decides whether and to whom the progress report is to be made known. The status report is not legally binding. The Rector shall inform the Investigative Commission about the further procedure in the cases reported by it.

### **Section 15 Measures and consequences**

- (1) The respective responsible bodies of the University shall examine on their own responsibility whether and which measures are to be taken in order to sanction academic misconduct that has been established or to prevent similar misconduct in the future. Depending on the severity of academic misconduct, the following measures in particular may be considered in accordance with the applicable law:
  1. written reprimand,
  2. request to the accused person to withdraw or correct incriminated publications or to refrain from publishing incriminated manuscripts,
  3. withdrawal of funding decisions or rescission of funding contracts, insofar as the decision was made by the University or the contract was concluded by the University, including, if applicable, a reclaim of funds,
  4. exclusion from serving as an assessor or committee member of the University for a limited period of time,
  5. measures under labour law,
  6. initiation of disciplinary proceedings under civil service law,
  7. criminal complaint to the police or the public prosecutor's office,
  8. reporting a misdemeanor to the competent authority,
  9. assertion of civil law claims,
  10. assertion of claims under public law,
  11. initiation of proceedings for the withdrawal of an academic degree or suggestion of the initiation of such proceedings.
- (2) If, after academic misconduct has been established, the withdrawal of an academic degree is considered, the faculty committees responsible for this shall be involved and shall decide, if necessary, on the withdrawal of titles or degrees. The result shall be communicated to the scientific organizations concerned and, where appropriate, to third parties with a justified interest in the decision after the investigations have been completed.

### **Section 16 Report on academic misconduct proceedings**

- (1) The faculties and academic centres are obliged to collect data on the proceedings they have conducted concerning academic misconduct and to submit an annual report to the Investigative Commission; no personal data is allowed in the report.
- (2) The Investigative Commission shall report annually to the Senate on the status of the proceedings conducted by it and on the proceedings communicated by the faculties and academic centres.

### **Section 17 Former University members**

If the person affected by the suspicion of academic misconduct was a member of the University of Freiburg at the relevant time, the provisions of these regulations shall also apply if he/she is no longer a member of the University.

### **Section 18 Retention of documents**

The files of the investigative proceedings are retained for 30 years.

## **Final clauses**

### **Section 19 Period of validity and interim regulations**

(1) These regulations shall enter into effect on the day following their publication in the Official Announcements of the University of Freiburg in Breisgau. At the same time, the Regulations of the University of Freiburg for Safeguarding Academic Integrity dated June 10, 2011 (Official Announcements, Vol. 42, No. 38, pp. 395-399) as amended by the Second Amendment Statutes of November 20, 2014 (Official Announcements, Vol. 45, No. 86, p. 653) - the old version of the regulations - shall cease to be in effect.

(2) The term of office of the Representative for Academic Self-Regulation ("Beauftragter") and of the members of the Investigative Commission appointed in accordance with Sections 6 and 8 of the old version of the regulations shall continue until the end previously determined.

(3) Proceedings pending before the Representative or the Investigative Commission at the time of the entry into force of these regulations shall be continued in accordance with the procedural provisions of these regulations.